

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Gladiator, Dr. Anke Frieling, Eckard Graage,
Ralf Niedmers, André Trepoll (CDU) und Fraktion**

Haushaltsplan-Entwurf 2023/2024

Einzelplan 8.1 Behörde für Inneres und Sport

Aufgabenbereich 277 Feuerwehr

Produktgruppe 277.02 Vorbeugender Brand- u. Gefahrenschutz

Betr.: Neubauvorhaben beschleunigen – Vakanzen im Kampfmittelräumdienst beseitigen!

Hamburgs Wohnungsmarkt ist äußerst angespannt und die Errichtung von Neubauten unerlässlich. Auch der Senat betont dies regelmäßig wieder. Dazu muss er jedoch auch die Bedingungen schaffen, um Bauvorhaben nicht unnötig zu verzögern. Nach § 6 (1) der Kampfmittelverordnung ist vor Beginn baulicher Maßnahmen, die mit Eingriffen in den Baugrund verbunden sind, bei der zuständigen Behörde eine Auskunft einzuholen. Aus dieser Auskunft geht hervor, ob für den betroffenen Baubereich ein konkreter Verdacht auf Kampfmittel besteht. Die Regelung dient der Abwehr von Gefahren, die von Kampfmitteln ausgehen und ist aufgrund des Flächenbombardements Hamburgs im Zweiten Weltkrieg unverzichtbar. Die Auskunft soll der Verordnung nach innerhalb von vier Wochen erteilt werden. Wie sich allerdings aus den Antworten auf die Schriftlichen Kleinen Anfragen, Drs. 22/9219, Drs. 22/3074 und 22/826 ergibt, verschlechtert sich die Einhaltung dieser gesetzlich vorgegebenen Frist seit dem Jahre 2020 stetig: Wurde sie in den Jahren 2017, 2018 und 2019 jeweils noch zu durchschnittlich 85 Prozent erreicht (Drs. 22/826), sank sie im Jahre 2021 auf 39 Prozent und im ersten Halbjahr 2022 sogar auf 34 Prozent, wie aus der Drs. 22/9219 hervorgeht.

Das ist absolut inakzeptabel: Diese Verzögerung kostet nicht nur den Bauherrn Zeit und Geld, sondern konterkariert auch das Bestreben Hamburgs, den Wohnungsbau zu fördern, und führt zu erheblichen Mehrkosten. Überdies liegt eine Beschleunigung von Bauverfahren nicht nur im Interesse der Stadt, sondern ist eine Dienstleistung für ihre Bürger. Zwar hat der Senat mehr Stellen geschaffen, doch nützt dies nichts, wenn die Stellen nicht besetzt werden. Aktuell sind von den vorgesehenen 44,5 Stellen knapp sechs vakant. Zudem herrscht eine hohe Fluktuation, Drs. 22/9219. Hier muss der Senat etwas tun; es ist nicht nur notwendig, alle Stellen umgehend zu besetzen, sondern auch dafür Sorge zu tragen, dass die Fluktuation in diesem Bereich, der umfassende Fachkenntnisse erfordert, verringert wird.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. alle vakanten Stellen im Kampfmittelräumdienst regelmäßig umgehend nachzubesetzen;

Drucksache 22/10255 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg – 22. Wahlperiode

2. zu eruieren, weshalb die Fluktuation in diesem Bereich so hoch ist, und gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu ergreifen, um sie nachhaltig zu verringern;
3. der Bürgerschaft bis zum 31. Januar 2023 zu berichten.